

.....  
Vorname

Name

.....  
Strasse

Hausnummer

.....  
PLZ

Ort

.....  
Beruf

Mr Ambassador  
István Nagy  
Hungarian Embassy  
Muristrasse 31  
CH-3006 Bern

Sehr geehrter Herr Botschafter,

Durch internationale Menschenrechtsbeobachter habe ich von dem Prozess gegen den Syrer Ahmed H. in Ihrem Land erfahren. Ende 2016 wurde er – ohne Beweise – wegen „Terrorismus“ zu 10 Jahren Haft verurteilt: Im Revisionsverfahren im März 2018 wurde die Strafe auf 7 Jahre reduziert. Ich nehme an, dass Sie über den Prozess auf dem Laufenden sind, weil in den Medien Ihres Landes ausführlich darüber berichtet wurde.

Leider musste ich feststellen, dass Ahmed H. von Vertretern Ihrer Regierung und den regierungsnahen Medien als „Terrorist“ vorverurteilt wurde, obwohl das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist und daher die Unschuldsvermutung gilt. Ich möchte Ihnen und Ihrer Regierung mein Befremden über dieses Vorgehen ausdrücken. Ich habe den Eindruck gewonnen, dass der Prozess gegen Ahmed H. dazu dient, in Ihrem Land pauschal Flüchtlinge und deren Unterstützer zu kriminalisieren.

Ahmed H. ist seit über zweieinhalb Jahren in Budapest in Haft. Damit sollten die „Vergehen“, die ihm vorgeworfen werden, mehr als gesühnt sein. Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen, darunter Amnesty International, betrachten den Terrorismusvorwurf als unhaltbar. Viele fordern die Freilassung des Verurteilten. Dieser Forderung schliesse ich mich persönlich an.

Gleichzeitig beobachte ich mit grosser Sorge, dass das geplante Stop-Soros-Gesetz Ihrer Regierung Menschenrechtsorganisationen in ihrer Unabhängigkeit und in ihrer Arbeit aufs Schwerste beeinträchtigen wird. Ich betrachte es als völlig unakzeptabel, dass Menschenrechtsorganisationen mehr und mehr zu Staatsfeinden erklärt werden.

Im Jahr 1956, nach der blutigen Niederschlagung des Volksaufstandes in Ungarn, mussten Tausende von Menschen Ihr Land verlassen und sich in der Fremde eine neue Existenz suchen. Sie konnten in anderen Ländern mit grosszügiger Aufnahme rechnen. Umso mehr bin ich schockiert, dass die Regierung und die Behörden Ihres Landes die Flüchtlinge von heute abweisen, widerrechtlich in Transitzonen an der Grenze festhalten und zu Kriminellen und Terroristen stempeln.

Als Bürger\_in, der/die sich demokratischen Gepflogenheiten verpflichtet fühlt, wehre ich mich auch gegen Menschenrechtsverletzungen in meinem eigenen Land. Ich erlaube mir aber gleichzeitig, über den „Gartenzaun“ zu schauen, weil ich befürchte, dass beunruhigende Entwicklungen wie in ihrem Land auch bald unsere Demokratie bedrohen könnten.

Gerne erwarte ich Ihre Stellungnahme und möchte Sie bitten, sehr geehrter Herr Botschafter, diesen Brief an die zuständigen Behörden Ihres Landes weiterzuleiten.

Hochachtungsvoll

.....  
Ort und Datum

.....  
Unterschrift